

# Nationale Interessen zurückstellen

Sudan ist seit Jahrzehnten ein Krisenherd. Wie schwierig es für die UN ist, angesichts widerstreitender Interessen großer UN-Mitgliedstaaten, den im Jahr 2005 begonnenen Friedensprozess zwischen Nord- und Südsudan zu unterstützen, einen erneuten Kriegsausbruch zu verhindern und für eine nachhaltige Stabilisierung in ganz Sudan zu sorgen, schildert **Martin Pabst**.

Allein in Sudan haben die UN gegenwärtig zwei Missionen stationiert, weltweit sind es zwanzig. Dennoch fordert **Andreas Zumach** in seinem Standpunkt eine weitere UN-Mission: für Irak. Fünf Jahre nach der Invasion plädiert der Journalist für eine Ablösung der anglo-amerikanischen Verbände. Diese würden von den Irakern als Besatzung empfunden und sollten so bald wie möglich durch eine UN-Truppe mit nicht weniger als 40 000 Soldaten ersetzt werden.

Zu einem Schwerpunkt der Vereinten Nationen in den letzten Jahren ist die Friedenskonsolidierung geworden. Nach zwei Jahren Kommission für Friedenskonsolidierung bilanziert **Silke Weinlich**, dass von dem neuen Gremium keine Wunder zu erwarten sind. Die großen Krisenherde, wie Sudan, Irak oder auch Kongo, werden nicht auf die Agenda der Kommission kommen, weil die Interessen zu vieler und zu mächtiger Staaten involviert sind. Erste bescheidene Erfolge in Sierra Leone und Burundi lassen aber hoffen, dass sich dieses neue Instrument zum Nutzen für kleine Post-Konflikt-Staaten einsetzen lässt.

Die nationalen Interessen zurückzustellen, wäre wohl auch mit Blick auf die Reform des Sicherheitsrats die Losung, die **Srgjan Kerim**, Präsident der 62. Generalversammlung, ausgeben sollte. Im Interview spricht er davon, dass in Kürze ernsthafte Verhandlungen aufgenommen werden sollten. Nach einer Probezeit, in der weitere Staaten quasi-ständig Mitglied im Rat sind, müsse auf Ebene der Staats- und Regierungschefs über die langfristige Neugliederung des Gremiums verhandelt werden. Wenn etwa in zehn Jahren die Regionalgruppe der osteuropäischen Staaten vielleicht nicht mehr existiert, weil immer mehr Staaten der Europäischen Union beitreten, müsse das Konzept Regionalgruppe überdacht werden.

Diese Veränderungen betreffen auch die EU und ihre Vertretung in den Vereinten Nationen. Sollte der Vertrag von Lissabon wie geplant Anfang 2009 in Kraft treten, so **Daniel Thym**, müssen die EU-Staaten ihre nationalen Interessen stärker hintanstellen als bisher. Die EU wird dadurch an Kohärenz und Sichtbarkeit gewinnen. Doch sollte nicht zuviel erwartet werden: Die UN, insbesondere der Sicherheitsrat, werden eine Domäne nationaler Außenpolitik bleiben, wenn auch hinter den Kulissen europäisch koordiniert.



Ich wünsche eine anregende Lektüre.

Anja Papenfuß, Chefredakteurin  
papenfuss@dgvn.de